

Niederschrift
über die Sitzung des Psychiatriebeirates
am 22.05.2019

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 13:30 Uhr
Ende: 16:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Klein

Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (PSAG)

Mitglieder

Herr Aydin

Verein Psychiatrie-Erfahrener Bielefeld
e. V. (VPE), (ab 13.40 Uhr)

Frau Borgmann

Drogenberatung Bielefeld e. V.

Frau Brandtner

Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie
Bethel

Frau Epkenhans

Stadt Bielefeld, Amt für Jugend und Familie -
Jugendamt-

Frau Faist-Schweika

Beratungsstellen

Herr Göke

Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) /
Behindertenhilfe, (bis 16.00 Uhr)

Herr Dr. Kremer

Stiftungsbereich Bethel.regional, Bereich
Wohnungslosenhilfe und stat. Eingliederungs-
hilfeeinrichtungen, (ab 14.10 Uhr)

Frau Lesner

AK Frauen und Psychiatrie und
AK Frauen/Mädchen und Sucht

Herr Müller

Arbeitsgemeinschaft Suchthilfe (AGS)

Herr Puschmann

Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrts-
verbände in Bielefeld (AGW)

Frau Storp

Trägerverbund der Ambulanten Suchthilfe

Herr Voelzke

Stadt Bielefeld, Büro für Integrierte Sozialpla-
nung und Prävention -Psychiatrie- und Sucht-
koordination-

Verwaltung

Frau Dammann
Herr Döding
Frau Krutwage

Herr Niekamp

Frau Rübeler

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Büro für Integrierte Sozialplanung und
Prävention

Büro für Integrierte Sozialplanung und
Prävention

Büro für Integrierte Sozialplanung und
Prävention

Gäste

Herr Sufke

Herr Rettig

VSGB e. V.

VSGB e. V.

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Klein begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass TOP 4 in der Beratung vor TOP 1 gezogen werde. Darüber hinaus müsse über TOP 4.4 aus datenschutzrechtlichen Gründen nichtöffentlich beraten werden.

Weitere Änderungen der Tagesordnung gibt es nicht.

Zunächst erfolgt die Berichterstattung zu TOP 4. Die Protokollierung erfolgt im späteren Teil der Niederschrift.

Zu Punkt 1 **Verpflichtung von Herrn Beckmann als neues Mitglied im Psychiatriebeirat**

Herr Beckmann ist nicht anwesend.

Der TOP wird deshalb abgesetzt.

Zu Punkt 2 **Umsetzung der Ziel- und Maßnahmenplanung 2018**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8209/2014-2020

Herr Döding, Frau Epkenhans und Herr Voelzke machen an Beispielen die Umsetzung der Ziel- und Maßnahmenplanung 2018 in ihren Verwaltungsbereichen deutlich.

Der Psychiatriebeirat nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3 **Ziele und Maßnahmen für ein Soziales Bielefeld 2019**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8208/2014-2020

Herr Döding, Frau Epkenhans und Herr Voelzke erläutern anhand von Beispielen aus ihren Fachbereichen einige Zielplanungen für 2019.

Der Psychiatriebeirat nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4 Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen 2020 - 2022

Zu Punkt 4.1 Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen - Vorschlag der Verwaltung für die Vertragsperiode 2020-2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8121/2014-2020
8121/2014-2020/1

Frau Krutwage informiert über den zeitlichen Ablauf des Verfahrens und die Ergebnisse der bisherigen Beratung in anderen Gremien. Sie erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage.

Frau Faist-Schweika kritisiert, dass bei den neuen Verhandlungen nicht zunächst die in 2014 vorgenommenen Kürzungen bei den Beratungsstellen, in Höhe von 500.000 €, zurückgenommen worden seien.

Herr Puschmann stimmt Frau Faist-Schweika zu. Er äußert sich allerdings auch erfreut über die guten und intensiven Gespräche mit den Politikvertretern. In Verhandlungen mit Verwaltungsvertretern hätten sich die Rahmenbedingungen nicht verschlechtert und bzgl. der geforderten Stufensteigerungen sei die AGW noch im Gespräch mit der Stadt Bielefeld. Problematisch ordne er allerdings die mangelnde fachliche Auseinandersetzung mit den Anträgen und Problemanzeigen ein. Die Einschätzungen der Stadt seien für die antragstellenden Einzelträger teilweise nicht nachvollziehbar.

Frau Lesner bittet den Psychiatriebeirat um eine Stellungnahme zum Projekt „VIVA ALTERnativ“ von Wildwasser e.V.. Aufgrund von Reaktionen auf den Antrag habe sie den Eindruck gewonnen, dass missverständliche Auffassungen bestünden. Vorsitzender Herr Klein bittet Frau Lesner ihn diesbezüglich anzuschreiben.

Frau Krutwage weist darauf hin, dass mit den Beratungsstellen noch Gesprächsbedarf bestehe. Es sei beabsichtigt, bis Herbst 2019 eine konzeptionelle Weiterentwicklung in diesem Bereich auf den Weg zu bringen. Die Beratungsstellen würden dabei nicht schlechter gestellt werden, auch wenn jetzt Finanzmittel verteilt würden.

Vorsitzender Herr Klein fasst aus der vorherigen Diskussion zusammen, dass der Psychiatriebeirat der Auffassung sei, dass bei einzelnen Anträgen noch Nachschärfungsbedarf bestehe. Der Beirat bittet die Verwaltung, im Dialog mit den Trägern, diesem Bedarf gerecht zu werden.

Sodann fasst der Psychiatriebeirat folgenden

Beschluss:

1. Der Psychiatriebeirat nimmt den Bericht zur Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Bericht vorgestellten inhaltlichen und strukturellen Vorschläge mit den freien Trägern zu erörtern und den Fachausschüssen bis zur Beschlussfassung des Rates im Juli 2019 regelmäßig über die Gespräche zu berichten.
3. Zur Finanzierung der Maßnahmen werden die im Haushalt des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention zur Verfügung stehenden Mittel i. H. v. 1 Mio. € verwendet.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, zu den in Anlage 1 des Berichts aufgeführten Anträgen und Problemstellungen eine fachliche Einschätzung vorzunehmen und gegebenenfalls einen Finanzierungsvorschlag vorzulegen.
5. Um den über die 1 Mio. € hinausgehenden Mittelbedarf decken zu können, wird die Verwaltung beauftragt, den Ratsgremien einen Vorschlag für die Verwendung der Integrationspauschale aus den Jahren 2018 und 2019 vorzulegen. Dabei sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:
 - Die Stadt richtet eine Rücklage zur Förderung des sozialen Zusammenhalts ein. Diese „Integrationsrücklage“ wird für vier Jahre eingerichtet.
 - Er dient unter anderem der Ausfinanzierung der im Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen.
 - Außerdem sollen Maßnahmen geplant werden, die dem sozialen Zusammenhalt in den Quartieren und der Integration von benachteiligten Personengruppen in das Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt dienen und die möglichst nachhaltig wirken sollen.
 - Die Maßnahmen werden ausgewertet; die Ergebnisse werden den Fachausschüssen regelmäßig berichtet.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, das bereits praktizierte Finanz- und Fachcontrolling fortzuführen und im Umsetzungszeitraum der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen gemeinsam mit den Trägern qualitative und quantitative Ziele zu formulieren. Dabei sollen Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen aus verschiedenen Berichten wie z.B. dem Lebenslagenbericht mit einfließen. Über den Grad der Umsetzung soll den zuständigen Fachausschüssen regelmäßig berichtet werden.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 4.2 Stellungnahmen des Vorsitzenden des Psychiatriebeirates zu Einzelanträgen

Vorsitzender Herr Klein erläutert seine Stellungnahmen zu den Anträgen der man-o-mann-Männerberatung im VSGB e.V. und der Kontakt- und Beratungsstellen des Gemeindepsychiatrischen Verbundes Bielefeld, die an ihn herangetragen worden seien. Inhaltlich habe er die Stellungnahmen im Vorstand und mit Herrn Voelzke abgestimmt.

-.-.-

Zu Punkt 4.3 Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen - Bericht zur Finanzsituation

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8353/2014-2020

Der Psychiatriebeirat nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.4 Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen – Anträge und Problemanzeigen der Träger der freien Wohlfahrtspflege und des Bielefelder Jugendrings

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8477/2014-2020

Berichterstattung erfolgt im nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Die Protokollierung erfolgt dementsprechend auch im nichtöffentlichen Teil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 5 Bericht zur Erweiterung der Öffnungszeiten im Drogenhilfeszentrum

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8319/2014-2020

Herr Niekamp informiert über die Auswirkungen der erweiterten Öffnungszeiten. Insgesamt seien die Änderungen gut angenommen worden. Zwischenzeitlich habe sich aber gezeigt, dass die Zeit von Montag - Freitag, 19.00 – 20.00 Uhr, nicht benötigt werde. Sie sei deshalb wieder eingestellt worden.

Der Psychiatriebeirat nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6 Herausforderungen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8494/2014-2020

Frau Dammann informiert über die 3. Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) (**Anlage 1**). Diese umfasse in der Hauptsache die Trennung der Leistungen in Fachleistungen (Träger: LWL) und existenzsichernde Leistungen (Träger: Stadt Bielefeld).

Auf Nachfragen bekräftigen Frau Dammann und Herr Göke, dass durch zusätzliches spezialisiertes Personal und zahlreiche Testläufe für die Altdatenübernahme alles dafür getan werde, um eine nahtlose Weitergewährung der Leistungen zu ermöglichen.

Insgesamt werde das eigene Gesetz für die Leistungen der Menschen mit Behinderung begrüßt.

Der Psychiatriebeirat nimmt Kenntnis.

-.-.-

Vorsitzender Herr Klein stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Klein
Vorsitzender

Krumme
Schriftführerin